



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Donnerstag, 06.11.2014, 17:05 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

**Weiterentwicklung der Werkrealschulen in
Ludwigsburg - Zusammenführung der Justinus-
Kerner-Schule und der Oststadtschule I
(Vorberatung)**

Vorl.Nr. 334/14

Empfehlungsbeschluss:

- 1) Die Justinus-Kerner-Schule und die Oststadtschule I werden beginnend ab dem Schuljahr 2015/2016 wie im Sachverhalt dargestellt am Standort Ost zusammengeführt.
- 2) Nach Beendigung der Zusammenlegung werden die Schulen unter der einheitlichen Namensgebung als Justinus-Kerner-Schule geführt.
- 3) Die Hirschbergschule bleibt Werkrealschule, so lange eine Eingangsklasse gebildet werden kann. Sollte keine Eingangsklasse an der Werkrealschule mehr gebildet werden können, wird geprüft, zu welchem Zeitpunkt eine Überführung der Werkrealschule am Standort Oststadtschule I erfolgen kann.
- 4) Den kompletten Umbaukosten inkl. notwendiger Brandschutzmaßnahmen für die Nutzung des Gebäudes der ehemaligen Silcherschule/Putzbau in Höhe von 1.175 Mio. EUR durch den FB Hochbau und Gebäudewirtschaft zum Haushalt 2015 wird zugestimmt

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und nach Ausschüssen getrennt.

Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales:

Der Beschluss zu den Ziffern 1 bis 3 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Der Beschluss zur Ziffer 4 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Kube

Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt:

Der Beschluss zur Ziffer 4 wird mit 14 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Seybold

Die Beschlussfassung erfolgt als Empfehlung an den Gemeinderat.

Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

Beratungsverlauf:

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie und Sport) verweist einleitend auf die Vorl. Nr. 334/14 und die bisherigen Beratungen zu diesem Thema. Dabei geht sie insbesondere auf die folgenden Punkte ein:

- Entwicklung Innenstadtampus
- Dialogverfahren mit den Beteiligten
- Verwaltungsvorschlag zur Weiterentwicklung der Werkrealschulen
- Aktuelle Situation der Werkrealschulen
- Raumverteilung nach der Zusammenführung

EBM **Seigfried** fügt ein, dass lediglich die Ziffern 1 bis 3 des Beschlussvorschlages in die Zuständigkeit des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales fallen, weswegen auch heute eine gemeinsame Sitzung stattfindet.

Die Stadträtinnen und Stadträte geben an, dass zu dem bildungspolitischen Thema keine Fragen bzw. Diskussionsbedarf mehr bestehe.

Bezug nehmend auf die Ziffer 4 des Beschlussvorschlages fährt Frau **Schmetz** fort und schildert die möglichen Folgenutzungen für das Gebäude Mathildenstraße 25 (Putzbau) nach Abschluss der Unterbringung der Justinus-Kerner-Schule. Außerdem geht sie auf geprüfte Alternativen zur Unterbringung der Justinus-Kerner-Schule ohne bauliche Ertüchtigung des Putzbaus.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) ergänzt, dass bereits im Jahr 2013 eine Begehung des Gebäudes Mathildenstraße 25 mit anschließender Grobkostenermittlung stattgefunden habe. Nachdem beschlossen worden sei, dass die Interimsunterbringung des Goethe-Gymnasiums in der Alleenstraße erfolge, habe man nach einem Ausweichquartier für die Justinus-Kerner-Schule gesucht. Für die vorgeschlagene Nutzung des Putzbaus würden Grobkosten in Höhe von 1,175 Mio. Euro anfallen. Der Kauf oder die Anmietung von Modulbauten bzw. Container sei ebenfalls geprüft worden, sei jedoch mit höheren Kosten verbunden.

Stadtrat **Meyer** erklärt, dass die Beschlüsse zu den Ziffern 1 bis 3 unstrittig wären und die für die Justinus-Kerner-Schule die bestmögliche Interimsunterbringung gefunden werden müsse. Aufgrund des hohen Zeitdrucks plädiere seine Fraktion dafür, die Entscheidung zu diesem Themenkomplex spätestens in der Sitzung des Gemeinderates am 19.11.2014 zu treffen. Damit solle auch sichergestellt werden, dass keine Verzögerung bei der Generalsanierung des Goethe-Gymnasiums entstehe. Aufgrund der hohen Kosten für die Baumaßnahmen am Putzbau und der teilweisen spekulativen Nachnutzungsmöglichkeiten sei der Verwaltungsvorschlag nicht optimal. Seine Fraktion habe sich gefragt, ob ein nachhaltig gestalteter Neubau des Putzbaus nicht die bessere Alternative sei. Ein Neubau könne eventuell auch mit Landeszuschüssen gefördert werden und für einen längeren Zeitraum im Schulbereich genutzt werden. Er wendet allerdings ein, dass der hohe Zeitdruck gegen einen Neubau spreche. Zu der Alternative Modulbauten bringt er vor, dass diese auch in der Oststadt anstatt in der Innenstadt errichtet werden könnten. Anschließend könnten diese gegebenenfalls auch für die Interimsunterbringungen anderer Schulen genutzt

werden. Abschließend regt er an, in der BSS-Klausur nochmals über alle Schulbauten zu sprechen.

Stadträtin **Dr. Knoß** erinnert daran, dass die Verwaltung ausführliche Gespräche mit allen Beteiligten geführt habe und die Beteiligten der Justinus-Kerner-Schule den ausdrücklichen Wunsch geäußert hätten, das ehemalige Gebäude der Silcherschule (Putzbau) nutzen zu können. Sie könne das befürworten, da diese Unterbringung eine gute Lösung darstelle. Sie spreche sich gegen die Unterbringung in Modulbauten aus, da die Justinus-Kerner-Schule in der Vergangenheit bereits schlechte Erfahrungen mit Containern gesammelt habe. Außerdem sei es auch schwierig einen guten Standort für die Container zu finden. Bezüglich der Kosten für die Modulbauten entgegnet sie, dass ihrer Meinung nach nicht alle 102 Containern für den ganzen Zeitraum benötigt würden. Ihre Fraktion könne einen Teil der Nachnutzungsmöglichkeiten wie zum Beispiel eine Nutzung durch die Theaterakademie oder für die Ganztagsbetreuung nachvollziehen. Andere Vorschläge wie die Auslagerung von Klassen des Otto-Hahn-Gymnasiums in den Putzbau seien nicht vorstellbar. Aufgrund der ungewissen Nachnutzung und des hohen Zeitdrucks wäre ein Neubau sehr schwierig. Trotz der hohen Kosten werde ihre Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimmen.

Stadtrat **von Stackelberg** bedankt sich für die gute Kooperation zwischen Schulen, Regierungspräsidium, Schulamt, Stadtverwaltung und Personalrat. Die Entwicklung der Hirschbergschule müsse natürlich beobachtet werden und bei Bedarf geprüft werden, ob eine Verlagerung in die Oststadt so einfach umzusetzen ist. Zusätzlich zum Kriterium der Bildung einer Eingangsklasse sollten auch die Zahlen der Schulrückläufer berücksichtigt werden. Seiner Meinung nach könne dann auch die Einrichtung einer zweiten Gemeinschaftsschule in den Räumlichkeiten der Hirschbergschule in Betracht gezogen werden. Aufgrund der stetig steigenden Bevölkerungszahlen könne auch der Bedarf für ein Gymnasium in der Oststadt oder Oßweil geprüft werden. Die Ziffer 4 des Beschlussvorschlages habe ihn nicht überrascht, da bereits im Frühjahr 2014 klar gewesen sei, dass eine Interimsunterbringung für die Justinus-Kerner-Schule benötigt werde und diese mit entsprechenden Kosten verbunden sei. Für eine Schule dieser Größe sei die Unterbringung in Containern aus vielen Gründen nicht denkbar. Durch die angedachten Nachnutzungsmöglichkeiten bestehe die Gelegenheit zur Amortisation der Baumaßnahme. Seine Fraktion könne dem Verwaltungsvorschlag zustimmen und plädiere dafür, keine weiteren Prüfungen mehr durchzuführen.

Stadtrat **Weiss** und seine Fraktion befürworte die Ziffern 1 bis 3 des Beschlussvorschlages. Dabei lobt er insbesondere die Zusammenlegung der Justinus-Kerner- mit der Oststadtschule und dass die Hirschbergschule vorerst weiter bestehen bleibe. Bildungspolitisch würden sich damit Schwerpunkte im Innenstadtcampus, in der Oststadt und im Bildungszentrum West abzeichnen. In diesem Zusammenhang sei seiner Meinung nach auch die Oststadtsporthalle notwendig für eine Stärkung der Oststadtschule. Der Vorschlag der Verwaltung sei der richtige Weg, da er sich mit der Errichtung von Containern für die Justinus-Kerner-Schule nicht anfreunden könne. Rückblickend hätte jedoch ein nachhaltiger Neubau des Gebäudes der Silcherschule früher geprüft und eventuell umgesetzt werden sollen.

Stadtrat **Heer** betont, dass die Zeit nun dränge und die möglichen Alternativen zum Verwaltungsvorschlag wenig zielführend seien. Die Aufstellung von Containern sei aufgrund der hohen Kosten und der geringen Nachnutzungsmöglichkeiten nicht sinnvoll. Weiter teilt er mit, dass die Schulrochade eine gute Idee gewesen sei, aber diese unter anderem aufgrund von Verzögerungen nicht immer reibungslos umgesetzt werden konnte. Die Baumaßnahmen am ehemalige Gebäude der Silcherschule sollten so erfolgen, dass auch über die 10 Jahre hinaus eine sinnvolle Nutzung möglich sei. Zum Beispiel betrachte er die Unterbringung eines Kindergartens als schwierig, da dies mit weiteren Baumaßnahmen verbunden sei. Als weitere Nachnutzungsmöglichkeit nennt er die Internationale Schule. Er richtet an die Verwaltung die Bitte, rechtzeitig über die Planungen für eine Nachnutzung des Gebäudes zu beraten. Die FDP werde der Vorl. Nr. 334/14 zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** legt dar, dass die Ziffern 1 bis 3 des Beschlussvorschlages relativ unproblematisch seien. Die Justinus-Kerner-Schule sei so stabil, damit diese als Werkrealschule erhalten bleiben solle. Bezüglich der Zukunft der Hirschbergschule ist sie der Meinung, dass sich diese irgendwann eventuell als Gemeinschaftsschule eignen würde, was auch für den Stadtteil Eglosheim notwendig sei. Zur Ziffer 4 des Beschlussvorschlages bringt sie vor, dass die Kosten mit 1,2 Mio. Euro hoch seien, vor allem in Anbetracht der finanziellen Situation, die bei der Einbringung des Haushaltes vorgestellt worden sei. Allerdings würden ihrer Meinung nach Container für die Unterbringung der Schule nicht in Frage kommen. Darüber hinaus biete die Umnutzung des Putzbaus auch Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung der Schulen. Sie bittet darum, vor einem endgültigen Beschluss die Nachnutzungsmöglichkeiten des Gebäudes zu konkretisieren. Schulische Nutzungen würden sich dabei für die Zeit nach dem Auszug der Justinus-Kerner-Schule anbieten. Dagegen könne sie sich eine Nutzung durch die Theaterakademie oder die Stadtverwaltung nicht so gut vorstellen, da hauptsächlich Fachklassenräume vorhanden seien.

EBM **Seigfried** macht deutlich, dass der angesprochene Dialogprozess mitunter auch schwierig gewesen sei. Es sei festzustellen, dass die Zahl der Werkrealschüler abnehme und diese teilweise auch in Gemeinschaftsschulen der Nachbarkommunen abwandern würden. Ob die Hirschbergschule auch weiterhin eine Eingangsklasse bilden könne und somit weiterhin bestehe, sei keine Entscheidung der Verwaltung, sondern werde durch die Entscheidung der Eltern zur Schulauswahl entschieden. Weiter betont er, dass in Ludwigsburg derzeit eine extreme Sanierungssituation aufgrund des Umzug eines kompletten Gymnasiums bestehe. Zu den hohen Kosten für den Silcherbau teilt er mit, dass zusätzlich zu den bekannten Brandschutzerfordernissen noch Problem mit den Decken bekannt geworden seien. Der angesprochene Neubau sei in dem vorgegebenen Zeitraum nicht machbar. Aufgrund der aktuell sehr dynamischen Schulentwicklung könnten keine zuverlässigen Vorhersagen zu den Auswirkungen gemacht werden. Er vertrete allerdings weiterhin den Standpunkt, dass in Ludwigsburg kein Schulneubau mehr benötigt werde. Es werde aber auch in Zukunft noch Sanierungen mit Auslagerungen bzw. Interimsunterbringungen durchgeführt. Durch die Anzahl der Schulen im Innenstadtcampus konnten Verschiebungen bisher problemlos bewältigt werden. Zur Fördersituation führt er aus, dass Neubaumaßnahmen tatsächlich besser durch das Land gefördert würden. In diesem Fall werde dies jedoch nicht genehmigt, da die Schule bereits bestehe und es sich lediglich um eine Zwischenunterbringung handle.

Zur Anregung, die Container in der Oststadt aufzustellen berichtet Frau **Schmetz**, dass die vorhandenen Außenflächen dort nicht ausreichen würden. Außerdem seien die Mensa und die Fachräume der Oststadtschule bereits voll ausgelastet, sodass eine Anbindung an den Innenstadtcampus sinnvoller sei.

Herr **Weißer** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) schildert, dass die Kosten für den Abbau von Containern mit anschließender Neuaufrichtung bei grob 500.000 Euro liegen würden. Zudem seien nach mehrjähriger Nutzung dabei Reparaturen notwendig. Von den genannten 245.000 Euro für die Fachräume seien 200.000 Euro für die Herstellung der MNT-Räume. Ein Neubau des Putzbaus sei aus zeitlichen Gründen nicht möglich gewesen, da die Schule vor kurzem noch in Betrieb war. Die in der Vorl. Nr. 334/14 genannten Brandschutzmaßnahmen seien aufgrund von Richtlinien erforderlich, da ansonsten der Schulbetrieb untersagt werden würde.

BM **Ilk** ergänzt, dass die Verwaltung aufgrund der hohen Kosten für die Brandschutzmaßnahmen einen externen Gutachter eingeschaltet habe, der dies bestätigen konnte.

Auf Nachfrage von Stadtrat **Gericke** erklärt Frau **Schmetz**, dass die Volkshochschule nach Beendigung der Baumaßnahme wieder ins Kulturzentrum zurückkehre.

Sodann lässt EBM **Seigfried** über die Vorl. Nr. 334/14 abstimmen.

Beratungsverlauf:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Vorl. Nr. 548/12, ist aufgrund der Beratung und des Empfehlungsbeschlusses zur Vorl. Nr. 334/14 erledigt.

Zum Beratungsverlauf siehe Tagesordnungspunkt 1.